Imanuel Geiss

Die Rechtsopposition und ihr Kampf gegen die Ostverträge

Vorwort: William Borm

9

Schriftenreihe des „Pressedienst der Demokratischen Aktion"

336

Horst Ehmke, Bundesminister für besondere Aufgaben:

„Ein Scheitern der Ostverträge und der Berlin-Vereinbarung würde in der ganzen Welt mit großer Sorge gesehen ... Die CDU ist unter dem Druck von Herrn Strauß und seinen Mannen auf dem Wege nach rechts. Ich habe die deutsch-nationalen Töne in der Bundestagsdebatte als ebenso alarmierend empfunden wie im Wahlkampf in Baden-Württemberg, wo die CDU auf ihrem Marsch nach rechts offenbar noch den letzten NPD-Wähler zu ergattern sucht. Die sozial-liberalen Kräfte in diesem Land wissen daher, was auf dem Spiele stünde, wenn eine nächste Bundesregierung von Herrn Strauß und Herrn Barzel geführt würde ... Wir stehen heute vor der Frage, ob wir ... aus unserer Geschichte gelernt haben oder ob wir alte Fehler noch einmal begehen wollen."

dpa, 7. März 1972

A79 1336

Vorwort

In Bonn beginnt die Endrunde im Kampf um die Ostverträge. Die Entscheidung, ob es Frieden durch erfolgreiche Entspannungspolitik geben kann oder ob der kalte Krieg wieder aufleben wird, steht an. Es geht um ein klares Ja oder Nein, denn die Opposition hat keine Alternative nennen können.

Die Bundesregierung unterstützte von Anfang an die Bemühungen der Weltmächte, die schon seit langem der veränderten weltpolitischen Lage durch den Abbau der Konfrontation Rechnung tragen. Das zwang die CDU/CSU sehr bald, ihre auf bloße Emotionen abgestellten Aussagen vom „Ausverkauf Deutschlands" und von „Handlangerdiensten für Moskau" aufzugeben, obgleich diese angesichts der jahrzehntelangen Selbsttäuschung unseres Volkes über die wahre Lage nach wie vor untergründig wirksam bleibt. Statt dessen versuchte die Opposition zunächst die Zustimmungserklärungen der westlichen Welt zu den Ostverträgen als bloße diplomatische Höflichkeitsakte abzuwerten. Dieses bedenkliche Spiel war indes nicht aufrecht zu erhalten, nachdem Nixon in seinem Neujahrsinterview vom 2. 1. 1972 zu dem bevorstehenden Gipfeltreffen in Moskau erklärte: „Was hier zum Durchbruch führte, war das Berlinabkommen. Dieses historische Abkommen ließ erkennen, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, wenn sie sich über dieses kritische Gebiet einigen konnten, vielleicht auch eine Möglichkeit finden werden, sich über andere Probleme zu einigen — möglicherweise über den Nahen Osten, möglicherweise über eine Rüstungsbegrenzung."

Auch der französische Außenminister Schumann unterstrich in seinem Interview vom 4. 1. 1972, welche Bedeutung Frankreich der Ratifizierung der Ostverträge für die Entspannung allgemein und für die in seinem Lande so sehr befürwortete Sicherheitskonferenz beimißt. Sein Wort, er weigere sich, eine Ablehnung der Ostverträge durch Bonn überhaupt in seine Überlegungen einzubeziehen, ist eindeutig. Erneut mußte die Opposition zurückstecken. Nun brachte sie europäische Argumente ins Spiel: die Ostverträge würden zu Lasten der europäischen Einigung gehen, durch sie würde sowjetische Interessenpolitik in Europa gemacht. Wiederum ein Schlag ins Wasser, denn gerade in diesen Tagen wurde das Gewicht Europas durch den endgültigen Beitritt Englands zur Europäischen Gemeinschaft und die Beitrittswilligkeit der dänischen, norwegischen und irländischen Regierungen erheblich verstärkt. Der Anteil, den die Bundesregierung durch ihre konsequente Politik an dieser Entwicklung hat, ist seit Den Haag bekannt. Sie bedurfte allerdings der Ergänzung durch realistische deutsche Ostpolitik, um den Weg für die weitere friedliche Entwicklung ganz Europas freizumachen; denn West- und Ostpolitik können unter diesem Vorzeichen nicht mehr gegenläufig betrieben werden.

Ein weiteres will die Opposition wider besseres Wissen nicht wahrhaben, daß nämlich der Weg in ein auch politisch geeintes Westeuropa die Respektierung der Nachkriegsgrenzen im Osten zur Voraussetzung hat. Kein westeuropäischer Staatsmann kann bereit sein, seine außenpolitischen Entscheidungen von den Wunschvorstellungen gewisser Funktionäre deutscher Vertriebenenverbände abhängig zu machen oder beeinflussen zu lassen.

Im blinden Anrennen gegen die Ostverträge kam es denn zu dem Versuch, die deutsche Öffentlichkeit mit dem sog. „Stufenplan" der CDU/CSU zu verunsichern. Hier werden die auch von der Bundesregierung gewünschten Ergebnisse eines

Entspannungsprozesses — fern jeder Realität — als Voraussetzung für den Beginn einer Entspannungspolitik gefordert. Nachdem das alles nicht überzeugen konnte, ist die Opposition mit ihren politischen Argumenten am Ende.

Es darf nicht übersehen werden, daß die Ablehnung der Verträge allein dem Willen derer entspräche, die die Konfrontation beibehalten wollen und die in falscher Einschätzung der Lage und ihrer Kräfte alles oder nichts verlangen. Sollten sie Erfolg haben, sind damit nicht nur die verhaßten Ostverträge zu Fall gebracht. Wir würden auch vom Westen isoliert werden, der sich unzweideutig dann von uns, als in Obstruktion zu seiner eigenen Politik stehend, distanzieren müßte, von der Interessenlage der neutralen Staaten und der Dritten Welt ganz abgesehen. Alte Ressentiments würden wieder aufleben. Der Circulus vitiosus würde durch Deutsche erneut in Bewegung geraten.

William Borm, MdB/FDP

Die Rechts-Opposition beschwört nationale Legenden

Die Verträge von Moskau und Warschau als konkreter Niederschlag der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel haben im In- und Ausland viel Zustimmung gefunden, zuletzt und am sichtbarsten in der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Willy Brandt. Daneben lösten sie aber auch, wie kaum anders zu erwarten, heftige Opposition und erbitterten Widerstand bei all denen aus, die nicht willens oder fähig sind, den Charakter dieser neuen Ostpolitik in seiner vollen Tragweite zu erkennen. Die Rechts-Opposition gegen die Verträge beruft sich auf die deutsche Geschichte und beschwört dabei ein Geschichtsbild, das sich aus nationalkonservativen Legenden und Mythen, aus Irrationalismus und verquollenem Reichspatriotismus zusammensetzt. Das zwingt zu einer Überprüfung von traditionellen Wertvorstellungen, wie: Reich, Nation, Einheit und Selbstbestimmungsrecht. Das Problem der deutschen Frage stellt sich somit in neuer Form.

Mit Bismarck gegen die Verträge

Der normale Bundesbürger und selbst der gutwillige Politiker, der die Ostverträge unterstützt, steht dem nationaldemagogischen Appell von CDU/CSU an eine mißdeutete Geschichte fast hilflos gegenüber. Nationalkonservative Historiker hatten bis vor kurzem ein Monopol an deutschen Universitäten und Hochschulen, und die neuen Ergebnisse der jüngsten Geschichtsschreibung wirken nur langsam auf die Gesellschaft ein. So gilt es, die neuen historischen Perspektiven aus der wissenschaftlichen Forschung und der politischen Entwicklung nach 1945 zu skizzieren, weil so die Notwendigkeit einer neuen Ostpolitik aus dem Gang der Geschichte verständlicher wird.

Die vereinigte Rechts-Opposition von CDU/CSU, Landsmannschaften bis hin zur NPD geht in der Frage der nationalen Einheit der Deutschen bewußt oder unbewußt vom Bismarckreich 1871 aus, wie es in der Bundestagsdebatte über die Ostverträge auch der sonst gemäßigte CDU-Abgeordnete Richard von Weizsäcker ausdrücklich tat. Deshalb wird es erforderlich, bis auf 1871 und seine historischen Voraussetzungen zurückzugreifen.

Die Ostverträge — Prüfstein der Verständigung

Für eine ehrliche und realistische Analyse ist sachliche Nüchternheit oberstes Gebot, die sich durch keine nationalistischen Dogmen und Fetische der Vergangenheit verwirren läßt, erst recht nicht, wenn solche Dogmen noch heute in die Argumentation der gegenwärtigen Politik hineinwirken. Die Rechts-Opposition bekennt sich zwar auch theoretisch zu solch rückhaltloser Nüchternheit, tatsächlich jedoch argumentiert sie noch ganz aus nationalkonservativer und deutschnationaler Gesinnung. Im Grunde war sie nie ernsthaft bereit gewesen, sich selbst und ihre historisch-politischen Traditionen in Frage zu stellen oder zu überprüfen. Nach einem Vierteljahrhundert europäisch-abendländischer Phrasen zerbröckelt jetzt in der Opposition überraschend schnell der glatte Firnis aus der Regierungszeit. Gilt es doch jetzt,

endgültig Abschied von überkommenen nationalen Vorstellungen zu nehmen, nicht nur gen Westen, als dies unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Vorteil brachte, sondern auch gen Osten.

Die einschneidenden Konsequenzen für das deutsche Geschichts- und Weltbild aus den beiden verlorenen Weltkriegen stellt sich besonders in der gegenwärtigen Situation für breite Schichten der Bevölkerung ein. Erst die Verträge von Moskau und Warschau haben die Bundesrepublik herausgefordert, mit überholten Vorstellungen von unserer Bedeutung in der Welt und in der Geschichte gründlich aufzuräumen.

Die Ostverträge bilden die Nagelprobe dafür, wie ernsthaft die Abwendung vom deutschen Nationalismus und die Hinwendung zu europäischen Ideen nach 1945 wirklich gewesen ist. Die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn ist einer der ersten konstruktiven Beiträge von deutscher Seite zu einer vernünftigen Lösung der deutschen Frage seit der Errichtung des Deutschen Bundes von 1815.
Einheit oder Macht — die deutsche Frage

Die vielbeschworene „deutsche Frage" beinhaltet folgendes Problem: Wie sind die Deutschen — im Zentrum Europas gelegen, mit der zweitgrößten Volkszahl in Europa und seit der Industrialisierung auch mit einer enorm expandierenden Wirtschaftskraft — politisch so zu organisieren, daß sie selbst und ihre Nachbarn gleichzeitig zufriedengestellt sind?

Das ist bisher noch nie auf Dauer gelungen. Entweder waren die Deutschen zufrieden — dann hatten die Nachbarn Grund zur Klage, oder die Nachbarn waren mit dem jeweiligen Status quo zufrieden — dann lehnten sich die Deutschen früher oder später dagegen auf.

In der Vergangenheit hat sich erwiesen, daß die Einheit aller Deutschen in einem einzigen Staat und politisch-militärische Macht auf deutschem Boden gleichzeitig nicht zu vereinen sind, weil beides zusammen automatisch zu deutschen Hegemonie-Ansprüchen über Europa führte.

Das Reich im Gegensatz zu Volkssouveränität und Demokratie

Symbol für die Vereinigung von staatlicher Einheit und Macht war das Reich, gleich welcher Numerierung. Stets, vom kurzen Zwischenspiel der Weimarer Republik abgesehen, beruhte es auf den altertümlichen Prinzipien der hierarchischen Ordnung feudal-aristokratischen Charakters mit einer autoritären Spitze — Kaiser oder Führer.

Das Zweite Reich verstand sich als Gegenmodell zur parlamentarischen Republik seit der Französischen Revolution von 1789, das Dritte Reich als Gegenmodell zur parlamentarischen, liberalen Demokratie des Westens und zur kommunistischen Sowjetrepublik im Osten. Der überwiegend reaktionäre Charakter des Deutschen Reichs machte die ihm innewohnende Tendenz zur Herrschaft über Europa, damit zur Expansion und Aggression, für die Nachbarn Deutschlands doppelt gefährlich und unangenehm, weil das Reich notwendig zugleich gegen Demokratie und nationale Selbstbestimmung der übrigen Völker ringsum Deutschland ankämpfte.

Reichspolitik: Staatsstreich und Krieg

Seit Bismarck lassen sich als die wichtigsten Regierungsmaximen im Deutschen Reich herausarbeiten: Staatsstreich oder Staatsstreichsdrohung nach Innen, Krieg oder Kriegsdrohung nach Außen. Bismarck regierte als preußischer Ministerpräsident ohne das Parlament und erzwang gegen die Verfassung eine Reform des Heeres. Das war ein verschleierter Staatsstreich. Mit dem so verstärkten Heer gewann er die drei „Einigungskriege" von 1864 bis 1871, die zur Reichsgründung vom 18. Januar 1871 in Versailles führten. Bei innenpolitischen Krisen spielte Bismarck zumindest mit der Staatsstreichdrohung von oben. Die deutsche Weltpolitik ab 1897/98 basierte innenpolitisch auf der „Sammlungspolitik", d. h. der Zusammenfassung aller konservativen Kräfte gegen die Sozialdemokratie, und sie diente u. a. der sozialdemagogischen Ablenkung der Massen von inneren Spannungen durch eine spektakuläre Außenpolitik.

Die unausgetragenen Spannungen im Innern wurden verstärkt durch die Einverleibung, Unterdrückung und Diskriminierung fremder Nationalitäten (Franzosen, Dänen, Polen) an den Grenzen des Reichs. Das lenkte naturgemäß die inneren Konflikte nach Außen. Durch diese „Weltpolitik" griff das Deutsche Reich gleichzeitig nach allen Seiten aus und provozierte den Widerstand aller übrigen Großmächte gegen die sich abzeichnende deutsche Expansion. Die neue Geschichtsforschung ist sich im wesentlichen darin einig, daß diese Politik fast automatisch zum 1. Weltkrieg führte. Als 1917 die deutsche Niederlage drohte, zeichnete sich mit der Militärdiktatur General Ludendorffs und der Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei" unter Großadmiral von Tirpitz 1917 eine weitere Radikalisierung und Verhärtung des deutschen Reichspatriotismus ab.

Nationalistische Agitation zerstörte die Weimarer Republik

Die Geschichte der Weimarer Republik bewies, wie schwach die republikanischen und friedensbereiten Kräfte in der deutschen Gesellschaft tatsächlich noch waren: Kriegsschuldlüge, Dolchstoßlegende, Antimarxismus, Antisemitismus, Glorifizierung von Soldatentum und Krieg, Ressentiment über die Niederlage und die damit verbundenen Verluste von Gebieten — obwohl überwiegend von nichtdeutschen Minderheiten (Franzosen, Wallonen, Dänen, Polen) besiedelt — schließlich der Aufruf zur Revanche — all das zermürbte die Weimarer Republik. Der Kapp-Putsch, die aggressive Agitation von Alldeutschen, Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen den Dawesplan 1924, Locarno 1925, die „blutende Grenze" im Osten und den polnischen „Saisonstaat", gegen den Youngplan 1929, endlich die Harzburger Front 1931 führten konsequent zum Wahlsieg der NSDAP und zu deren Machtergreifung vom 30. Januar 1933. Mit Hitler war der Weg frei zum Zweiten Weltkrieg als Revanche-Krieg des Dritten Reiches für den verlorenen Ersten Weltkrieg des Zweiten Reiches. Ähnlich wie 1914—1918 unterlag Deutschland nach beeindruckenden Anfangserfolgen. Diesmal aber ging das Deutsche Reich in der totalen Niederlage 1945 endgültig unter.

Die deutsche Frage nach 1945

Die Wahl zwischen Einheit in militärischer Schwäche und militärischer Stärke in staatlicher Teilung, das war im Grunde der Inhalt des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen nach 1945, und es wurde wahrgenommen: In den Westzonen entscheiden sich die führenden Politiker aller großen Parteien für die Westorientierung. Die führenden Kreise entwickelten die „Kernstaatentheorie", wonach Westdeutschland als einzig legitimer Nachfolgestaat des Deutschen Reichs die „Ostzone" durch eine Kombination von Prosperität und militärischer Stärke irgendwie in einem mysteriösen Vorgang an sich ziehen würde, um so die deutsche Einheit wiederherzustellen. Adenauers „Politik der Stärke", die angeblich durch die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik allein die Wiedervereinigung herstellen sollte, war nur die offizielle Zuspitzung solcher Illusionen. Diese Politik stand jedoch von vornherein vor dem unauflösbaren Dilemma, daß eine nur defensiv einzusetzende Militärmacht ein politisch offensives Ziel erreichen sollte — Wiedervereinigung Deutschlands und Revision der Oder-Neiße-Grenze. Dieses Ziel war durch eine „Politik der Stärke" oder eine „Politik der Befreiung" friedlich nicht zu erzwingen, weil es in seiner gesamten Anlage zu widersprüchlich war.

Argumente der CDU/CSU und NPD im Schatten der Vergangenheit

Die Politik der Westorientierung führte ganz logisch zur vorläufig endgültigen Spaltung der Deutschen, und Adenauers Politik machte schließlich die Wiederherstellung der deutschen Einheit auch in anderer Form als dem überlieferten Reich vollends unwahrscheinlich. Dieses Ergebnis wurde von den Politikern der damaligen Opposition vorausgesagt. Aber die CDU/CSU schlug hochmütig alle Warnungen in den Wind, weil sie eben noch immer auf die Reichseinheit als politischen Normalstatus der Deutschen fixiert war.

Wir werden uns als Deutsche in Zukunft mit der für viele harten Einsicht abfinden müssen: Das nationale Selbstbestimmungsrecht kann nicht heißen, daß unbedingt alle Deutschen in einem einzigen Nationalstaat leben müssen. Abgesehen von der verhängnisvollen Zeit zwischen 1938 und 1945 dem Großdeutschen Reich Adolf Hitlers, war in der deutschen Geschichte eine solche absolute Einheit aller Deutschen noch nie ereicht; aber gerade dieses Modell sollte uns nicht zur Wiederholung reizen.

Die enorme Macht, die bisher noch immer mit der staatlichen Einheit der Deutschen verbunden war, hat sich jedesmal zum Schaden ihrer Nachbarn und zum Schluß zum Schaden des eigenen Volkes ausgewirkt. Mit dem Mißtrauen dieser Nachbarn gegen eine abermalige deutsche Machtkonzentration wird man aus diesen Gründen noch lange Zeit rechnen müssen. Dieses Mißtrauen wird zusätzlich erhärtet durch die Tatsache, daß einige der heute leidenschaftlichsten Rufer nach „Selbstbestimmung, Recht und Freiheit für die Deutschen" vor der Niederlage von 1945 zu den größten chauvinistischen Schreiern gehört haben. Die Parallelen in der ostpolitischen Argumentation zwischen CDU/CSU und NPD sind unübersehbar.

Die tradionelle deutsche Ostpolitik

Die Bewaffnung der Bundesrepublik war dem Westen selbst in der antikommunistischen Hysterie des Kalten Krieges nach dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 nur abzuringen, weil die Bundesrepublik mangels eines Friedensvertrages mit Deutschland nach Westen die Konsequenzen aus dem verlorenen Zweiten Weltkrieg anerkannte, d. h. im wesentlichen die Endgültigkeit der deutschen Westgrenzen. Von vornherein weigerte sich jedoch die Bundesrepublik, die neuen Verhältnisse im Osten anzuerkennen. Als Vorwand diente der kommunistische Charakter der osteuropäischen Länder und der DDR.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß dahinter eine massive Kontinuität im Verhältnis der Deutschen gegenüber dem überwiegend slawischen Osten steht, die auch in die Politik der gegenwärtigen Oppositions-Parteien gegenüber dem kommunistischen Osten hineinspielt. Im Grunde genommen gab es seit den Polnischen Teilungen vor genau 200 Jahren nur ein einziges Modell deutscher Politik gegenüber dem slawischen Osten: den Versuch, zumindest über den kleineren slawischen Völkern eine deutsche Vormachtstellung zu errichten. Die Herrschafts- und Ausrottungspolitik des Dritten Reiches gegenüber Polen im Zweiten Weltkrieg war nur die massivste Umsetzung des traditionellen deutschen Herrschafts- und Machtanspruchs. Nach dem ersten allgemeinen Überblick über die jüngere deutsche Geschichte wird daher ein Längsschnitt durch das wechselvolle Verhältnis zwischen Deutschen und dem slawischen Osten notwendig.

Parallelen der Geschichte

Die traditionelle deutsche Ostpolitik ist gegen den historischen Hintergrund einer doppelten Problematik zu sehen: einmal ein deutliches Gefälle im Zivilisations- und Modernisierungsprozeß von West nach Ost, zum zweiten und eng damit verknüpft — Idee und Realität des Deutschen Reichs: sein Versuch, das Römische Reich zu erneuern. Daraus folgte der kulturelle und politische Expansions- und Herrschaftsanspruch der Deutschen, der die gesamte offizielle deutsche Politik gegenüber dem Osten direkt oder indirekt bis in die jüngste Zeit hinein geprägt hat.

Gegenüber der Kombination von kultureller und ökonomischer Überlegenheit und politischer Herrschaft hatte das Gegenmodell der tatsächlichen Gleichberechtigung von Deutschen und Slawen, besonders Polen, nie eine Chance, solange die traditionellen Machtstrukturen auf deutschem Boden weiterexistierten. Das Gegenmodell der Gleichberechtigung wurde nur von oppositionellen Strömungen seit dem 19. Jahrhundert vertreten. Es ist daher historisch kein Zufall, daß es erstmals nach dem endgültigen Untergang des Deutschen Reichs 1945 zum Zuge kommen konnte.

Vom Anti-Slawinismus zum Kommunismus

Im Verhältnis zu den slawischen Nachbarn gibt es jedoch einen gewichtigen Unterschied:
Die kleineren Völker, vor allem die benachbarten Tschechen und Polen, galten entweder als eigentlich seit Jahrhunderten zum Deutschen Reich gehörig (Tschechen, zuletzt noch 1938 bis 1945 symbolhaft ausgedrückt im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren") oder als angeblich unfähig, einen eigenen Staat zu führen (Polen, seit

den Polnischen Teilungen). Den weiter entfernten und wegen ihrer Zahl ohnehin mächtigeren Russen begegneten die Deutschen jedoch stets mit einer merkwürdigen Mischung von Verachtung, Sentimentalität und Respekt vor der Macht ihrer großen Zahl und ihres weiten Landes. Der Respekt konnte, wenn es politisch gerade paßte, auch in Angstkomplexe vor dem Zarismus und seinen Kosaken umgemünzt werden. Nach der russischen Oktoberrevolution wurden die schon vorhandenen antislawischen Tendenzen durch antikommunistische Affekte verstärkt.

Jede redliche Analyse des deutschen Verhältnisses zu Osteuropa muß daher zumindest das komplizierte historische Dreiecksverhältnis zwischen Deutschen, Polen und Russen berücksichtigen.

Kein Selbstbestimmungsrecht für Polen und Tschechen

Die Stellung der Alldeutschen und der Regierungen gegenüber den kleineren slawischen Völkern zwischen Rußland und Deutschland war bis zum Ersten Weltkrieg vor allem durch das deutsche Interesse bestimmt, sie in den bestehenden großen Reichsverbänden (Zarenreich, Österreich-Ungarn, Deutsches Reich, Osmanisches Reich) zu belassen und ihnen das nationale Selbstbestimmungsrecht zu verweigern. Diese Grundkonzeption großdeutscher Reichspolitik im Osten läßt sich deutlich gegenüber Tschechen, Polen und Südslawen, aber auch im baltischen Raum demonstrieren. Durch den Zweibund von 1879, in dem das Deutsche Reich u. a. für den ungeschmälerten Bestand des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarns eintrat, hat die deutsche Politik das Deutsche Reich auch außenpolitisch mit dem Konflikt zwischen den dynastischen Machtstaaten und den ihr nationales Selbstbestimmungsrecht beanspruchenden kleineren, meist slawischen Nationalitäten belastet. Der tiefere Grund für das deutsch-österreich-ungarische Bündnis lag in der verwandten inneren Struktur beider Reiche, ungeachtet der stärkeren Industrialisierung und damit Modernisierung in Deutschland.

Beide Systeme waren durch das Festhalten an autoritären Herrschaftsmethoden gekennzeichnet. Es ist daher historisch kein Zufall, daß der Erste Weltkrieg, der die Donaumonarchie zerstörte und das Deutsche Reich nachhaltig erschütterte, über der Frage des Selbstbestimmungsrechts für Südslawen im Reichsverband der Donaumonarchie ausbrach.

Hinzukam, daß die Führungsschicht in Deutschland die Weltpolitik ihrerseits auch als Ablenkungsmittel für die eigenen inneren Spannungen einsetzte, die sich aus der Diskrepanz zwischen sich modernisierender Wirtschafts- und Sozialstruktur einerseits und konservativ bleibenden politischen Herrschaftsstrukturen andererseits ergaben.

Für eine Lösung der Nationalitätenkonflikte auf der Grundlage von Gleichberechtigung, d. h. nationaler Selbstbestimmung und Unabhängigkeit oder auch nur wirklicher Autonomie, war im Deutschen Reich kein Platz. So konnte sich der anbahnende, von Deutschland und Österreich-Ungarn nicht mit politischen Mitteln geführte Konflikt nur mit „anderen Mitteln" entladen, eben im Ersten Weltkrieg, in dessen Entstehung Weltpolitik und deutsche Reichspolitik gegenüber den Nationalitäten des Ostens schier unauflöslich miteinander verquickt sind.

Deutsche Ostpolitik gegenüber Tschechen . . .

Eine knappe Skizze deutscher Reichspolitik in drei Bereichen läßt die Auswirkungen deutscher Ostpolitik nach dem älteren Modell gegenüber Tschechen, Südslawen und Polen gut erkennen.

Die nationaltschechischen Aspirationen waren seit der ersten Phase des 30jährigen Krieges auf über zwei Jahrhunderte praktisch erstickt. Erst seit 1848 regten sie sich wieder (Allslawischer Kongreß in Prag) und trafen auf erbitterten Widerstand der Deutschen, die um ihre relativ privilegierte Stellung in einem tschechischen Nationalstaat oder auch nur autonomen Staat innerhalb der Donaumonarchie fürchteten. Bei den späteren Sudetendeutschen erzeugten die Volkstumskämpfe zwischen dem aufsteigenden Nationalismus der Tschechen und den in ihrer traditionellen Machtposition bedrohten Deutschen eine Grunddisposition für einen extremen Nationalismus.

Im deutsch-böhmischen Raum gab es die erste „Nationalsozialistische" Partei; die späteren Sudetendeutschen wurden zu Ansatzpunkten für die Expansion des mittlerweile „Großdeutschen Reichs", und die „Sudetendeutsche Landsmannschaft" von heute, teilweise noch unter alter NS-Führung der Sudetendeutschen Partei Henleins, gehört heute zum harten Kern des Widerstands gegen die neue Ostpolitik, besonders der „Witiko-Bund" als exklusiver Zirkel elitären Charakters.

. . . gegenüber Südslawen

Aus ideologischen, machtpolitischen wie weltpolitischen Gründen identifizierte sich die deutsche Reichspolitik nach einigem Schwanken derart mit der österreich-ungarischen Repressionspolitik gegen die südslawische Bewegung in Bosnien-Herzegowina, daß Deutschland im Juli 1914 zur Vernichtung des Königreichs Serbien eine kriegerische Lösung dringend empfahl und auch mit Hilfe eines unannehmbaren Ultimatums erreichte. Das Risiko eines Kontinentalkriegs unter Einschluß von Rußland nahm man in Kauf. Der Grund ist klar zu erkennen: Ein Sieg der südslawischen Nationalitäten auf dem Balkan hätte auch die Stellung des Deutschen Reichs gegenüber den eigenen slawischen Minderheiten, vor allem in Posen und Westpreußen, erheblich geschwächt.

. . . gegenüber Polen

Die Herrschaft über polnisch besiedeltes Gebiet war zu einem Symbol deutscher Machtstellung im Osten geworden. Bismarck bezeichnete Posen und Westpreußen als die „besten Sehnen Preußens" zwischen Ostpreußen und Schlesien, womit er auch die strategische Bedeutung der preußisch-polnischen Provinzen umriß.

Die Einbeziehung Posens und Westpreußens in den Norddeutschen Bund bzw. das Deutsche Reich 1867 bzw. 1871, die anschließende Germanisierungspolitik Preußens nach der Reichsgründung machten aus den Polen erst recht diskriminierte Staatsbürger zweiter Klasse und trieben sie in oppositionelle Distanz zu Preußen-Deutschland. Eine friedliche Koexistenz von Deutschem Reich und polnischem Nationalstaat

endgültig unwahrscheinlich geworden, eben weil das Deutsche Reich auf Eroberung und Behauptung polnischer Gebiete beruhte.

So war es historisch nur logisch, daß der polnische Nationalstaat erst wiedererstehen konnte, als die drei Teilungs-Imperien 1917/18 zusamengebrochen waren. Von allen territorialen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags erweckte die Wiedererrichtung des polnischen Staats in voller Unabhängigkeit von Deutschland, dazu noch mit Gebieten, die zu Preußen bzw. zum Deutschen Reich gehört hatten, vermutlich die massivsten Ressentiments im Zwischenreich der Weimarer Republik, zwischen Zweitem und Drittem Reich, Erstem und Zweitem Weltkrieg. Die Weimarer Republik weigerte sich, die „blutende Grenze" im Osten und den „Saisonstaat Polen" anzuerkennen. Zu ihrem Bemühen um die Revision der Grenzen von Versailles beteuerten zwar die Verantwortlichen immer wieder, daß die Grenzveränderung nur friedlich vor sich gehen sollte. In Wirklichkeit wußten die politischen Führer der Weimarer Republik, daß die Revision friedlich nicht möglich sein würde, weil die Polen allen deutschen Forderungen ihren entschlossenen Widerstand entgegensetzten. Das Offenhalten der Ostgrenze durch die gemäßigte Weimarer Republik, wenn auch unter dem Druck der deutschnationalen und faschistischen Rechten, ermöglichte nach dem offenkundigen Scheitern eines „friedlichen" Revisionismus unter Stresemann das Eindringen des deutschnationalen und später nazistischen Gifts in den deutschen Gesellschaftskörper, so daß die kriegerische Lösung der polnischen Frage geistig vorbereitet wurde. Nicht zufällig begann 1939 der Zweite Weltkrieg über Forderungen des (Dritten) Deutschen Reichs an Polen, die Grenze zugunsten Deutschlands zu verändern. Polen wäre damit zum Satellit des Reichs geworden und völlig in die Hände Hitlers geraten.

Das Resultat des Zweiten Weltkrieges

Im Zweiten Weltkrieg griff das Dritte Reich bald auch seinen eigentlichen Feind an — die Sowjetunion. In Polen wie in der UdSSR praktizierten die Nationalsozialisten eine barbarische Politik der Repression und Ausrottung gegenüber den „minderwertigen Slawen", alles um mehr „Lebensraum" für die angeblich landarmen Deutschen zu schaffen. Sowjetrußland verlor rund 20 Millionen Menschen, Polen allein 6 Millionen. Die UdSSR erhielt 1945 einen Anteil an Reparationen aus Deutschland und nahm sich einen Teil Ostpreußens. Für Polen dagegen war Land die einzig wirklich hilfreiche Kompensation für die unermeßlichen materiellen und personellen Verluste. So kam es, daß Polen von den Alliierten in Potsdam die meisten bis dahin deutschen Provinzen östlich von Oder und Glatzer Neiße zugewiesen erhielt, mit der Ermächtigung, die deutsche Bevölkerung auszusiedeln.

Der Verlust der Heimat, Flucht oder Vertreibung aus den Ostprovinzen, war für alle Deutschen ein schwerer Schlag, den viele heute noch nicht verwunden haben. Wenn wir das Wort von der Verantwortung vor der Geschichte ernst nehmen wollen, so müssen wir uns dazu durchringen, daß jede realistische Friedensregelung in Europa von den Grenzen ausgehen muß, die sich 1945 als Folge auf den vom Deutschen Reich begonnenen und verlorenen Zweiten Weltkrieg durchgesetzt haben. Die Polen in den ehemaligen deutschen Ostprovinzen haben dort inzwischen Heimatrecht erworben.

Das deutsche Dilemma: Revisionismus oder Frieden

Der bundesdeutsche Revisionismus steht vor dem gleichen Dilemma wie der friedliche der Weimarer Republik: Auf die Dauer läßt sich die Diskrepanz zwischen offensiver Zielsetzung (Revision der Ostgrenze und staatliche Einheit zu bundesdeutschen Bedingungen)und angeblich nur defensivem Einsatz militärischer Machtmittel nicht aufrechterhalten. Eines Tages muß die bundesdeutsche Gesellschaft die Diskrepanz auflösen, indem sie sich für die Übereinstimmung von Zielen und Mitteln entscheidet, entweder zur friedlichen oder zur kriegerischen Seite hin. Die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Weimarer Republik, die Tatsachen von Versailles als Folge aus vergangener deutscher Reichspolitik zu erkennen ermöglichte nicht zuletzt den Sieg des Nationalsozialismus, der konsequent den Einsatz von Gewalt für die einzig denkbare Methode hielt, zu den gewünschten Territorien zu kommen. Wer sich heute nicht dazu durchringen kann, die grundsätzlich gleiche Diskrepanz durch eine Übereinstimmung von friedlichen Methoden und nicht-revisionistischen Zielen diesmal eindeutig nach der friedlichen Seite aufzulösen, leistet einem Anlauf zur kriegerischen Lösung Vorschub, ob er es wahrhaben will oder nicht. Die Bundesrepublik muß sich also entscheiden, wem sie unbedingte Priorität einräumen will — der Erhaltung des Friedens oder der territorialen Vergrößerung eines deutschen Nationalstaats — mit Folgen wie gehabt.

Politik der Stärke oder Politik der Verantwortung?

Die CDU/CSU meint ganz pfiffig zu sein, wenn sie treuherzig beteuert, es ginge ihr „nur" um Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für die Deutschen. Die gleichen bagatellisierenden Beschwörungen konnte man auch vor der Reichsgründung von 1871 hören, vor und im Ersten Weltkrieg, vor und im Zweiten Weltkrieg. Wir Deutsche können uns unsere geographische Lage im Zentrum Europas nicht aussuchen, und unsere Generation ist nicht dafür verantwortlich, daß wir seit über einem Jahrhundert numerisch die zweitgrößte, ökonomisch die stärkste Nation auf dem Kontinent sind. Wenn dem so ist — und die Politiker der Stärke aller Couleur in Vergangenheit und Gegenwart haben immer wieder darauf verwiesen, wenn es ihnen gerade in die Argumentation paßte — so müssen wir uns der besonderen Verantwortung aus unserer Stärke bewußt sein. Gleichberechtigung und Selbstbestimmung müssen daher für uns Deutsche einen anderen Charakter haben als für andere Nationen. Wer das nicht einsieht und akzeptiert, will wieder mit dem Kopf durch die Wand gehen.

Aus der Geschichte müssen wir folgende Tatbestände erkennen und anerkennen: Staatliche Einheit und Macht für alle Deutschen schließen sich aus. Unsere Selbstbestimmung beruht darin, daß wir die Form unserer nationalen Existenz selbst bestimmen; entweder wollen wir Einheit in einer für alle Nachbarn akzeptablen Form der geregelten und garantierten militärischen Schwäche haben — das würde auf eine Neutralisierung eines Gesamtdeutschlands hinauslaufen, wie in den 50er Jahren von einer Minderheit befürwortet und von der Mehrheit unter Adenauer verworfen — oder wir entscheiden uns für die Macht, was auf die Spaltung Deutschlands hinausläuft, wie sie sich seit der Bewaffnung der Bundesrepublik vorläufig unwiderruflich eingestellt hat. Dazwischen gibt es keinen dritten Weg. Das und nichts anderes ist der Inhalt unserer nationalen Selbstbestimmung.

Aus den unter Adenauer geschaffenen Gegebenheiten — Westorientierung und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik — sind vor allem zwei Konsequenzen zu ziehen: Ein modus vivendi, ein geregeltes Nebeneinander mit der DDR, dem zweiten deutschen Staat aus den Trümmern des Dritten Reiches, und Anerkennung der gegenwärtigen polnischen Westgrenze, die von jeder deutschen Regierung in einem Friedensvertrag, sollte er jemals noch kommen, ohnehin vollzogen werden müßte.

Argumente der CDU/CSU: unredlich und schizophren

Der Substanz nach erfolgte die territoriale Umgestaltung in Zentral- und Osteuropa 1945 in Potsdam und in den Jahren unmittelbar darauf. Offen blieb nur noch die formale Sanktionierung durch einen Friedensvertrag. Die Deutschland- und Ostpolitik gerade der CDU/CSU wollte das Zustandekommen eines solchen Friedensvertrages tunlichst verhindern, weil sie genau wußte, daß dann die Wechsel für 1939/45 präsentiert würden, daß jede deutsche Regierung spätestens auf einer Friedenskonferenz die neuen Grenzen von 1945 wird akzeptieren müssen. Es gehört zur intellektuellen Unredlichkeit oder Schizophrenie der CDU/CSU und der Landsmannschaften, daß sie das Fehlen eines Friedensvertrages als Vorwand zur Ablehnung der Ostverträge vorschieben, obwohl sie selbst einen Friedensvertrag bisher nach Kräften und mit Erfolg hintertrieben. Als Willy Brandt im Bundestagswahlkampf 1965 öffentlich davon sprach, man solle sich schon jetzt Gedanken über eine deutsche Position für einen solchen Friedensvertrag machen, fiel die CDU/CSU über ihn her mit der Behauptung, wer jetzt vom Friedensvertrag spreche, schädige die nationalen Interessen der Deutschen.

Genauso unredlich und demagogisch ist die Kampagne der CDU/CSU und ihrer Gesinnungsfreunde gegen die Ostverträge und für die Reichsgrenzen von 1937 im Osten. Die extremsten Vertreter der Opposition, wie Strauß, Becher, Dr. Frey und die anderen Sprecher der militanten Rechtsgruppen mobilisieren wieder das deutschnationale Ressentiment gegen Versailles, einst Lieblingskind der rechtsextremen, völkischen Agitation in der Weimarer Republik gegen Demokratie und Verständigung. Die Grenzen von 1937 sind nämlich, was die Rechte im Eifer des Gefechts vergißt oder unterschlägt, identisch mit den Grenzen von Versailles. Heute noch gilt als pseudo-historisches Argument, die ungerechte Grenze von Versailles sei mitverantwortlich für Hitler. Aber gleichzeitig agitiert man für die Grenze von 1937, die nach der gleichen Logik ebenfalls ungerecht war. Wollten die Herren Strauß und Konsorten etwa die Grenze immer noch weiter nach Osten revidieren in Richtung auf die Grenzen von 1914?

Nationalistische Hetze bedient sich auch Geschichtsfälschungen

Nationalistische Hetze bedient sich auch Geschichtsfälschungen
Vor der Bundestagsdebatte war häufig zu hören, wir sollten uns ein Beispiel an den Polen nehmen, die sogar 125 Jahre bis zu ihrer staatlichen Wiedervereinigung gewartet hätten. Das Argument ist bei kritischer Betrachtung in wesentlichen Punkten fadenscheinig: Die Polen hatten während dieser Zeit überhaupt keinen eigenen Staat, während die Deutschen seit 1949 niemand ihre eigene Staatlichkeit bestreitet.

Wegen der besonderen historischen Voraussetzungen und politischen Bedingungen haben sie gegenwärtig sogar zwei Staaten. Polnische Teilung und Staatenlosigkeit war nur im Gefolge des Ersten Weltkriegs zu überwinden, u. a. weil Preußen-Deutschland auf seine Beute aus den polnischen Teilungen friedlich nicht zu verzichten bereit war.

Ganz besonders vergiftet ist die Behauptung, wer die polnische Westgrenze anerkennt, würde mit der Zementierung der polnischen Ostgrenze zugleich auch den Hitler-Stalin-Pakt nachträglich sanktionieren. Wer so argumentiert, versucht Polen, Russen und Deutsche gegeneninander zu hetzen — mit einem raffinierten Stück neudeutschnationaler Geschichtsklitterung. Die Unionspolitiker Heubl, Stücklen, Strauß und Windelen hatten die Stirn, im Bundestag und Bundesrat den frei ausgehandelten Vertrag einer demokratischen Regierung zur Liquidierung des Zweiten Weltkriegs auch nach Osten mit einer kriegsvorbereitenden Aktion Hitlers gleichzusetzen.

Windelen, Strauß & Co, spekulieren nur auf historische Unkenntnis, denn in Wirklichkeit ist der Sachverhalt sehr viel komplexer und reicht weiter in die Geschichte zurück als bis 1939.

1919 hat eine alliierte Kommission der Versailler Friedenskonferenz unter Vorsitz des britischen Außenministers Lord Curzon eine Grenze zwischen Rußland und Polen vorgeschlagen, die ungefähr dem heutigen Grenzverlauf entspricht. Polen unter Pilsudski weigerte sich aber, sie anzuerkennen und eroberte sich das Gebiet mit Waffengewalt. 1939 und 1945 kamen die Sowjets auf die Curzon-Linie von 1919 zurück. Sie war also eine Erfindung weder von Stalin noch von Hitler, sondern entspricht ungefähr dem Verlauf der Volkstumsgrenze gemäß dem Prinzip der Selbstbestimmung.

Die widerspruchsvolle Demagogie der Rechtsopposition

In sich widersprüchlich und unhaltbar ist der Einwand der vereinigten Rechts-Opposition von CDU/CSU bis NPD, die Ostverträge erschwerten die Familienzusammenführung und ließen keinen Minderheitenstatus für die Deutschen in Polen zu. Auf eine neue Minderheitsregelung werden sich die Polen nach ihren historischen Erfahrungen mit der deutschen Minderheit als Sprengsatz und 5. Kolonne des Dritten Reichs nicht mehr einlassen. Wer mangelnde Familienzusammenführung in die Bundesrepublik beklagt, kann nicht gleichzeitig die Tür zu Revisionsforderungen in der Grenzfrage offenhalten.

Gleich unglaubwürdig ist die Behauptung, die Bundesrepublik könne die polnische Westgrenze gar nicht anerkennen, weil sie keine gemeinsame Grenze zu Polen besitze. Nun beanspruchte die CDU/CSU für die Bundesrepublik bisher stets, alleinig legitimer Nachfolgerstaat des Deutschen Reichs zu sein. Wenn es gerade paßt, so stellt man sich auf den Standpunkt der Zweistaatentheorie, denn wer behauptet, die Bundesrepublik habe keine gemeinsame Grenze zu Polen, anerkennt die Existenz des Staates zwischen der BRD und Polen, also der DDR. Aber das ist eine Konsequenz, die die CDU/CSU nun auch wieder nicht wahrhaben will. Da es seit dem Ende des Dritten Reichs zwei deutsche Staaten gibt, haben die Polen ein Recht darauf, daß auch der westliche deutsche Staat die neue polnische Westgrenze nicht mehr in Frage stellt.

Die Folgen eines Scheiterns der Verträge

Es ist keine Einmischung anderer Länder und Regierungen aus Ost und West in den innerdeutschen Willensbildungsprozeß zur Ratifizierung, es ist keine politische Erpressung oder Panikmache durch die Bundesregierung, wenn Warnungen vor den Konsequenzen laut werden, sollte die CDU/CSU die Ostverträge zu Fall bringen. Es ist bodenlose Leichtfertigkeit zu suggerieren, die Sowjets würden anschließend mit einer CDU/CSU-Regierung neue, für die Bundesrepublik bessere Verträge aushandeln. Die Folge wäre eine katastrophale weltpolitische Isolierung der Bundesrepublik als Reaktion auf eine dramatische internationale Brüskierung, die ein Jahrzehnt geduldiger und zäher Entspannungspolitik wieder aufs Spiel setzen würde.

Die Ostverträge, eine reale Basis zur Friedenspolitik

Die Ostverträge und die Abmachungen mit der DDR bestätigen allerdings, daß es kein Deutsches Reich mehr gibt und auch nicht mehr geben wird. Vor allem ältere Deutsche, die in der sicheren Selbstverständlichkeit des Deutschen Reichs aufgewachsen sind, mag das schmerzlich berühren. Aber die Zeit ist endgültig über das Deutsche Reich mit seinem nationalistischen Größenwahn hinweggegangen. Es wiedererwecken zu wollen, wie die NPD und neuerdings auch Strauß wollen, hieße, tausend Jahre deutscher Geschichte rekapitulieren — bis zur nächsten Kapitulation. Wann und ob eine Wiedervereinigung Deutschlands realistisch und möglich ist, bleibt ebenfalls offen. Bis daher werden die beiden deutschen Staaten friedlich miteinander auskommen müssen. Sie könnten die verbliebenen Gemeinsamkeiten der Sprache und Kultur, der zahlreichen familiären verwandtschaftlichen Beziehungen pflegen, können gemeinsam Probleme lösen, wie z. B. die Frage des Umweltschutzes. Dies wäre um vieles mehr als bisher. Die Ostverträge bilden eine reale Basis zur Entfaltung einer glaubwürdigen Friedenspolitik nach Außen und schaffen die Voraussetzungen zur Entwicklung und Stärkung der Demokratie nach Innen, beides bezogen auf die Bundesrepublik, die sich mit den Ostverträgen als demokratische und friedliebende Nation vor aller Welt selbst anerkennt.

Die Ostverträge können den Zweiten Weltkrieg nicht nachträglich noch einmal für die Bundesrepublik gewinnen helfen, oder, wie Strauß 1966 an seinem Mentor Adenauer rühmte, den Alliierten den Sieg von 1945 zu entreißen. Abgesehen von den materiellen Vorteilen durch Ausweitung des Osthandels und die Normalisierung der Beziehungen endlich auch zu Osteuropa, können die Verträge der Bundesrepublik im wesentlichen nur eines verschaffen: Vertrauen in Ost und West, daß die Schatten der Vergangenheit endgültig überwunden sind, daß die Deutschen auch zum slawischen und kommunistischen Osten die Ebene der Gleichberechtigung beschreiten, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen soll.

Wer solche Konsequenzen ablehnt und als „Verrat", „Verzicht" diffamiert, wer zur „Rettung des Vaterlandes" vor Sozialisten, Kommunisten, Liberalen und Pazifisten aufruft — so wie einst die „Vaterlandspartei" des Großadmiral Tirpitz und späteren Putschisten Kapp im Jahr 1917, wie die Harzburger Front 1931, die „Regierung der nationalen Konzentration" vom 30. Januar 1933 — der rührt alte, längst totgesagte Ressentiments und Komplexe der extremen Nationalisten wieder auf. Wer so redet, treibt die Deutschen wieder in einen neuen, einen dritten Amoklauf gegen

die harte Wand weltpolitischer Realitäten hinein. Alle schönen Vokabeln, wie „Freiheit", „Gleichberechtigung" und „Frieden", können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gegner der Ostpolitik, sollten sie die Mehrheit wieder erhalten, die Deutschen und Europa leichtfertig in eine neue Katastrophe führen würden. Diesmal allerdings könnten sie noch weniger als früher behaupten, sie hätten es besser nicht wissen können.

Die gemeinsame Front der Rechtsopposition

„Die führenden Kräfte der Unionsparteien haben in ihrem blinden Kampf gegen die Ostverträge einen fatalen Ruck nach rechts vollzogen. In Baden-Württemberg befinden sie sich in einer unheiligen Allianz mit der NPD, die ihre Landtagskandidaten zugunsten der CDU zurückgezogen hat. Hier wiederholt sich eine stille Koalition zwischen den Unionsparteien und den Rechtsextremisten, die wir schon einmal erlebt haben, als 1969 Dr. G. Schröder keine Bedenken hatte, möglicherweise Bundespräsident von Adolf von Thaddens Gnaden zu werden . . ."

Prof. Dr. Horst Ehmke, Bundesminister für besondere Aufgaben, SPD-Pressemitteilungen und Informationen, 24. 3. 72

Information CSU

„‚Völlige Übereinstimmung in der politischen und rechtlichen Beurteilung der Ostverträge erbrachte ein Gespräch, zu dem der CSU-Vorsitzende Dr. h. c. Franz Josef Strauß am 7. Februar Vorstandsmitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen empfing . . .

Aktuelle Fragen der Ostpolitik und die Lage der Vertriebenenverbände waren Hauptthema eines Gesprächs, zu dem der CSU-Vorsitzende Dr. h. c. Franz Josef Strauß in München Mitglieder des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Herbert Czaja an der Spitze empfing . . .

Nach Ansicht der führenden Persönlichkeiten von CSU und BdV sind die Ostverträge in ihrer derzeitigen Form abzulehnen . . . In der Aussprache würdigte der CSU-Landesvorsitzende nachdrücklich Arbeit und Leistung der Heimatvertriebenen . . .'"

München, 7. Februar 1972

Schlesische Rundschau

„Der Ratifizierungsablauf der Ostverträge erfolgt bislang in der von der Regierung vorgesehenen Weise ohne Verzögerung und sonderliche Widerstände. Die Opposition bedient sich ihrer parlamentarischen und rechtlichen Möglichkeiten nur zögernd oder überhaupt nicht. Alles spitzt sich auf die Kernfrage zu: Wenn die CDU die baden-württembergischen Landtagswahlen des 23. April gewinnt und so die Bundesratsmehrheit die Ostverträge an den Bundestag zurückweist, finden sich dann dort 249 Ja-Stimmen?"

München, 3. März 1972

DEUTSCHE NACHRICHTEN

„. . . Jetzt da die Unterwerfungsverträge auf immer größer werdende Bedenken stoßen, schlagen die Sowjets mit der Faust auf den Tisch und unterstützen die ‚Friedenspolitik' ihres Günstlings Brandt mit handfesten Drohungen . . .

Angesichts dieser Tatsache muß alles Trennende aufgegeben werden. Muß alles einem einzigen Ziel untergeordnet werden: Brandt und seine Regierung so schnell wie möglich zu Fall zu bringen . . .

Diese Verträge dürfen nie ratifiziert werden. Vor diesem Ziel müssen alle Wünsche einzelner Gruppen zurückgestellt werden. Es darf keinerlei Splitterungen der Gegner des deutschen Ausverschenkens erfolgen. Erst wenn die derzeitige Kapitulanten-Regierung zum Teufel gejagt worden ist, können wir uns wieder unserem eigenen Anliegen zuwenden. Jetzt aber gilt es, jede Kraft gegen die SPD/FDP zu stützen, und alles einzusetzen, damit der Sturz von Willy Brandt erreicht wird."

Hannover, 17. März 1972

Deutsche Wochen-Zeitung

„Der Beschluß des Parteivorstands der NPD, sich bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg nicht zu beteiligen bzw. ihre Kandidaten zurückzuziehen, ist ihm sicherlich nicht leicht gefallen. Vor allem schon deshalb, weil die Kreisverbände bereits mitten im Wahlkampf standen. Trotzdem war dieser sensationelle NPD-Beschluß richtig und der Parteivorstand gab eine Begründung, die von hoher politischer Reife und Verantwortung getragen ist . . .

Die NPD ist mit dieser Tat über ihren eigenen Schatten gesprungen und hat durch ihr nationales Opfer alles getan, um die SPD-Vorherrschaft zu brechen. Dafür muß ihr jeder deutsche Patriot danken . . .

Im Vordergrund aller Erwägungen steht der Sturz von Brandt und Genossen. Alles andere ist zur Zeit unwichtig!"

Hannover, 24. März 1972

National*Zeitung

„Die Augen der Welt sind auf den 23. April gerichtet: Das Schicksal des deutschen Volkes liegt in der Hand der Südwest-Wähler. Wichtig ist es, wer in den nächsten vier Jahren Baden-Württemberg regiert, doch entscheidende Bedeutung kommt der Frage zu, ob die Oppositionsmehrheit von 21 zu 20 im Bundesrat aufrechterhalten bleibt und unter Umständen die Ostverträge zu Fall bringen kann."

München, 24. März 1972

DEUTSCHE NACHRICHTEN

"... Die Entscheidung, unsere Kandidaten in Baden-Württemberg zurückzuziehen, ist das Ergebnis vielstündiger, ernster Beratungen im Kreise derer gewesen, die an der Spitze dieser Partei als deren Repräsentanten, die die Verantwortung für die Führung dieser Partei von der Mehrheit der Delegierten übertragen erhielten. Diese Entscheidung ist in Übereinstimmung mit unserer in unserem Programm festgelegten langfristigen politischen Zielsetzung ..."

Hannover, 31. März 1972

Deutscher Ostdienst

„... Das Ziel ihrer Propaganda, die politischen Kräfte des Widerstandes gegen die Politik der derzeitigen Bundesregierung einzuschüchtern und aufzuspalten, hat sich in sein Gegenteil verkehrt und ein noch festeres Zusammenrücken all jener Kräfte bewirkt, die sich nicht davon abbringen lassen wollen, daß Friede und demokratisch gesicherte Freiheit nur auf dem Boden eines gerechten Ausgleichs gedeihen können. Wer nach Belegen für diese Behauptungen fragt, der besuche einmal eine der zahlreichen Protestveranstaltungen der Vertriebenenorganisationen ..."

Bonn, 1. April 1972

DEUTSCHE NACHRICHTEN

„... Deshalb ist es das beste Rezept, zunächst die Linksparteien in Baden-Württemberg — vor allem die Pünktchen F.D.P. — zu schlagen, um der Umwelt zu zeigen, daß hinter dieser Regierung nur eine Minderheit steht. Und mit Minderheiten verhandelt niemand gern. Das gilt für Moskau ebenso wie für Paris und Washington.

So wird die Wahl von Baden-Württemberg zu einem Barometer, dessen politische Tragweite nicht hoch genug anzusetzen ist. Ein klimatisches Hoch wird schlagartig die Lage wandeln!"

Hannover, 7. April 1972

Deutsche Wochen-Zeitung

„... Selten hat bei einer örtlichen Wahl derart Allgemeingewichtiges zur Debatte gestanden; deshalb hat jeder Verständige den Entschluß der Nationaldemokraten begrüßt, in diesem Fall auch ihr Stimmenreservoir der CDU zur Verfügung zu stellen.

Diese Partei hat zwar weder in Württemberg noch sonstwo rauschende Lorbeeren errungen, aber doch neuerdings Format gewonnen und in Bonn einen bislang klaren, vom gesamtdeutschen Interesse vorgezeichneten Kurs gegen das Brand/Scheel-Abenteuer eingeschlagen. Der nationalpolitisch orientierten NPD war es deshalb erlaubt, ihr Gewicht diesmal im Wege des Verzichts zur Geltung zu bringen ...

Niemand erwartet den Bückling einer Großpartei; die NPD hat ihre — möglicherweise historische — Württemberg-Entscheidung sicherlich nicht zum Zwecke eines politischen Geschäftes getroffen, sondern um einem überparteilich-nationalen Interesse zu dienen ..."

Hannover, 7. April 1972

Frankfurter Rundschau

„... Der ‚Presseausschuß der Demokratischen Aktion' wiederholte dagegen am selben Tage seine Behauptung, daß vor dem Verzicht der NPD zwischen einem Vertrauensmann der CDU und einem der NPD angehörenden Assistenten der Heidelberger Universität Kontaktgespräche stattgefunden hätten ...:"

Ratifizierung — „Verbrechen und Verrat"

„Herr Dr. Barzel selbst hat von einer unterschwelligen Propaganda draußen gesprochen. Das ist sicher etwas, dem man zu Leibe gehen sollte. Ich denke, daß dann auch jene Flugblätter mit drankommen, von denen ich hier eine Mappe habe — ich mache sie im Augenblick nicht auf, Herr Barzel —, jene Mappe mit Flugblättern in der Lesart von „AKON" oder „GOG" oder wie diese eigentümlichen Splitter rechts draußen heißen, die von Ihnen angezogen werden, wie ein Magnet solche Splitter anzieht, und mit denen nun nicht nur eine unterschwellige, sondern eine direkte, hetzerische, eine Haßpropaganda betrieben wird. — Sicher, einige von Ihnen lachen darüber, weil sie ja auch bei schlimmeren Dingen schon gelacht haben. . . ."

Herbert Wehner am 23. 2. 72 im Deutschen Bundestag

DEUTSCHLAND-MAGAZIN

„Seit mehr als 25 Jahren wird den Deutschen — und nicht zuletzt von jenen Kreisen der Emigranten und des Widerstandes, denen Bundeskanzler Brandt sich zurechnet — der Vorwurf gemacht, sie hätten Hitler gewählt und seine Politik unterstützt, obwohl sie bei Lektüre seines Buches ‚Mein Kampf' zweifelsfrei hätten erkennen müssen, daß Hitlers Versprechen vom ‚künftigen Frieden', vom ‚Rechtsstaat' und von der ‚Beseitigung des wirtschaftlichen Elends' Lügen waren und daß er sich in seinem Buch schon eindeutig als künftiger Imperialist und Aggressor, als Rassenfanatiker und potentieller Diktator entlarvt hatte. Dieser Vorwurf besteht sicher gegen jene zu Recht, die Hitlers ‚Mein Kampf' gelesen haben . . .

Wir meinen daher, daß die Deutschen sich einem ähnlichen Vorwurf nicht ein zweites Mal aussetzen sollen und dürfen. Sie haben heute, wenn auch mit einer Minderheit, einen Kanzler gewählt und sie laufen vielfach blind mit ihm in die mit verlogenen Friedens- und Entspannungsphrasen drapierte Falle der sogenannten neuen Ostpolitik, die aus den ‚Realitäten' der östlichen Gewaltsysteme den Zwang zur Kapitulation, der Anerkennung vor Gewalt, Unrecht und Unfreiheit ableitet, und die in zwei Jahrzehnten von Konrad Adenauer gewonnene Sicherheit in Freiheit und in Frieden in der Bundesrepublik und mit ihr in Europa aufs Spiel setzt und unter die Fuchtel sowjetischer Hegemonie zu bringen droht . . ."

Breitbrunn, Chiemsee, Januar 1972

DEUTSCHE NACHRICHTEN

„‚Durch die Brand/Scheel-Verträge werden nicht nur die deutschen Ostgebiete ‚abgeschrieben'; Berlin wurde vielmehr de facto eine ‚besondere politische Einheit', die Westberliner sind praktisch keine deutschen Staatsangehörigen mehr; die Bevölkerung Mitteldeutschlands aber wurde ihrem Schicksal, d. h. dem Willen der Sowjets und ihren ‚deutschen' Helfershelfern überlassen . . .'"

Hannover, 7. Januar 1972

DER SCHLESIER

„‚Die deutsche Ostpolitik ist leider geeignet, den Sowjets noch den Weg zum Westen zu erleichern und so zur Erosion, nicht zur Festigung Europas beizutragen. Wir Ostvertriebenen, die wir unter der östlichen Expansion am meisten von allen Deutschen zu leiden hatten, sind am ehesten dazu berufen, die Teile des deutschen Volkes, die nicht sehen wollen, wohin der Weg führt und weiter bequem dahindämmern möchten, aufzurütteln und den Prozeß des Umdenkens voranzutreiben. Die Bundesregierung darf nicht noch stärker in das voller tödlichen Gefahren steckende Schwerkraftfeld der sowjetischen Westpolitik geraten. Die Durchbruchsversuche Moskaus müssen gestoppt werden. Je eher, desto besser . . .'"

Recklinghausen, 3. Februar 1972

Schlesische Rundschau

„‚Ratifizierung der Ostverträge — Verbrechen des Jahrhunderts . . . Wer gegen die Ostverträge spricht und stimmt — gleichgültig welcher Partei er zugehört oder seine Sympathien entgegenbringt —, ist vaterlandsbewußt und ein Patriot zu nennen . . .'"

München, 18. Februar 1972

AKON-KURIER

„. . . Die AKON empfindet sich als Teil dieser staatstragenden, aber regierungsfeindlichen Gruppe unseres Volkes. Dies erklärt sich hauptsächlich aus ihrem Ziel der Wiedervereinigung des gesamten Deutschlands. In ihrer Gegnerschaft gegen jeglichen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete einschließlich des Sudetenlandes prallen ihre Interessen mit den auf Ratifizierung der Verträge (Diktate) von Moskau und Warschau gerichteten Bestrebungen aufeinander. Sie muß somit ein Gegner unserer

derzeitigen Regierung sein, weil diese auf deutsche Lande verzichtet, ja die Bundesrepublik, welche auch unser Staat ist, durch den Moskauer Vertrag in Abhängigkeit vom Ostblock bringt und damit zu vernichten droht ..."

München-Planegg, 28. Februar 1972

Deutsche Wochen-Zeitung

„... Jetzt gilt es einzubrechen in die Front der Betrogenen. Jetzt muß in zäher Kleinarbeit der Kampf um die Seele eines jeden einzelnen Deutschen aufgenommen werden. Man muß allen, die noch nicht total verlumpt und verdummt wurden, zeigen, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt in der Situation, in die wir durch das Brandt/Scheel-Regime geraten sind: Widerstand oder Unterwerfung ..."

Hannover, 3. März 1972

Deutsche Wochen-Zeitung

„... Noch nie in der deutschen Geschichte gab es eine Garnitur solcher nationaler Selbstaufgabe wie die, die von Brandt und Scheel angeführt wird. Niemand darf sich darüber wundern, wenn man die Hintergrundfiguren dieser Unterwerfungspolitik betrachtet: Die Einpeitscher der deutschen Kerenski-Politik sind der ehemalige kommunistische Chefagent in Schweden, Herbert Wehner, der ehemalige kommunistische Spitzenagent in der Schweiz, Leo Bauer, und Egon Bahr, der sein Journalistenhandwerk bei der deutschsprachigen sowjetischen Zeitung für Berlin erlernte. Der Staatssekretär des Bundespräsidenten, Dietrich Spangenberg, der den Bundespräsidenten über die laufende Politik orientiert, ist bekanntlich ein Deserteur der Wehrmacht, der zur Roten Armee überlief. Was kann man von solchen Leuten anderes erwarten? ..."

Hannover, 17. März 1972

DEUTSCHE NACHRICHTEN

„... Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wahrung der Rechtsansprüche unseres ganzen Volkes müssen oberstes Gebot einer jeden Bundesregierung bleiben, will sie nicht unserem Volk die Grundlagen für die Wahrnehmung seines Selbstbestimmungsrechtes im Rahmen freier und gleichberechtigter Nationen rauben. Keine teildeutsche Regierung hat das Recht, auch nur auf einen Quadratmeter — dem gesamten deutschen Volk gehörenden — Bodens zu verzichten. Alle Verträge mit anderen Staaten, die solche Verzichte beinhalten und Gewaltmaßnahmen der Sieger nachträglich legalisieren, sind daher von Anfang an ungültig ..."

Hannover, 24. März 1972

National*Zeitung

„... Als bei der Diskussion der Ostverträge im Bayerischen Landtag die SPD-Fraktion eben für die Ostpolitik Brandts plädierte, erwiderte der CSU-Abgeordnete R. Hundhammer: ‚Von uns die Zustimmung zur Teilung Deutschlands zu verlangen, ist die Erwartung, daß wir uns ehrlos machen. Es ist das Ansinnen zum Verrat an unseren Landsleuten, zum Verrat am Ziel der deutschen Einheit und Freiheit ..."

München, 31. März 1972

PDA-Interndienst Rechts

„... Der von Günter Stiff ‚in Verbindung mit Junge-Welt-Verlag und Deutscher-Jugend-Verlag' (44 Münster, Postfach 7680) herausgebrachte ‚Komm-mit-Kalender 1972 mit DJO-Teil' beschäftigt sich auch mit aktuellen politischen Problemen:
... Politiker, die dieses Moskauer-Diktat durch ihre Stimme ratifizieren, verwirklichen wollen, sind schlechte Politiker und dürfen nie mehr Politik betreiben."

WENN IHNEN IHR AUTO GEKLAUT WURDE . . .

. . . und Sie kennen den Dieb

Laufen Sie ihm dann mit Kraftfahrzeugschein und Schenkungsurkunde hinterher, damit er es auch ungestört benützen kann?

Genau das tut die Bonner Bundesregierung!

Was würden Sie sagen,

wenn Sie heute dafür, daß Sie nicht auf Ihre Hei
„Revanchisten, Neonazis, Rechtsradikale" u. ä.
Das Grundgesetz und die Rechtsprechung des
gierungen der BRD zum Handeln für die Wi
Jede Regierung, die die Wiedervereinigun
Elbe-Werra und Oder-Neiße unmöglich m
Deshalb Widerstand gegen eine Regieru

Herausgeber: Aktion Oder-Neiße (AKON) e. V., 61 Darmstadt, P
Werden Sie Mitglied der AKON
Spenden erbeten:
Postscheckkonto: Nr. 95 42 Frankfurt
für „Aktion Oder-Neiße (AKON) e. V."
in 61 Darmstadt.

. Eigentum verzichten wollen, als
. verpflichten die Re-
. nslinien an

Deutsche National*Zeitung

Warum ich Deutsche jage

National*Zeitung

Ratifizierung der Ostverträge

Verbrechen des Jahrhunderts

7 Nobelpreis für Landesverrat

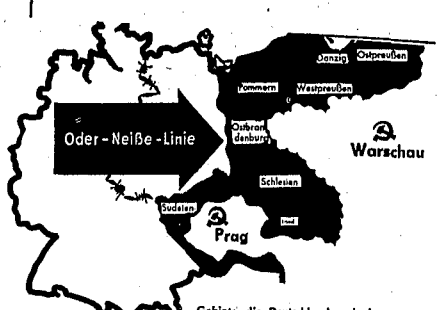
Willy Brandts Verbrechen

Bahrs Dolchstoß gegen Deutschland

AKON

Aktion Oder-Neiße (AKON) e. V.

Aktionsgemeinschaft für die Wiedervereinigung mit Mittel- und Ostdeutschland einschließlich Sudetenland



Gebiete, die Deutschland nach dem ersten und zweiten Weltkrieg unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes entzogen wurden.

Entspannung — „Krieg und Bürgerkrieg"

„. . . Wer glaubt, sich leisten zu können, auf eine Regelung mit der Sowjetunion zu verzichten, der soll uns doch einmal erklären, wie er und mit wem er über die Besserung der Verhältnisse in Zentraleuropa sprechen will."

Walter Scheel, Bundesminister des Auswärtigen, 23. Februar 1972

BAYERNKURIER

„. . . Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg zählt nach wie vor zu den herausragenden politischen Köpfen der Union, politische Fähigkeit, moralische Qualifikation und unerbittliche Grundsatztreue, wenn es um Fragen der menschlichen Freiheit und der demokratischen Existenz geht, haben dem Wort des CSU-Abgeordneten seit eh und je über die Vergeßlichkeit des Tages hinausreichendes Gewicht verliehen . . . Wieder erweist sich Baron Guttenberg als Politiker, der die Geschichte nicht nur kennt, sondern auch bereit ist, die notwendigen Lehren daraus zu ziehen . . ."

München, 4. März 1972

National*Zeitung

„. . . Noch in letzter Minute vor Beginn der Beratungen der Unterwerfungsverträge im Bundestag hat der CSU-Abgeordnete Freiherr von Guttenberg, den seine schwere Erkrankung nicht hindert, unermüdlich für die Freiheit Westdeutschlands zu kämpfen, in einem offenen Brief an den Bundeskanzler auf die großen Gefahren seiner Ost- und Deutschlandpolitik hingewiesen und vor der Verharmlosung der Existenz des roten Faschismus gewarnt. Mit den Verträgen und der Pankow angebotenen Gleichberechtigung werde die Gefahr des Linksextremismus so verwischt, daß dieser von der Bevölkerung nicht mehr erkannt werde . . ."

München, 10. März 1972

Sudetendeutsche Zeitung

„. . . Wenn Brandt seine gemeingefährliche Drohung wahrmacht, im nächsten Wahlkampf zu ‚holzen' (Ausdruck aus der Fußballersprache für ‚unfair spielen', ‚ins Schien-

bein treten') und die Betriebe zu ‚mobilisieren', dann sind bereits wesentliche Schritte zum Einmarsch der Volksarmee und zur Bolschewisierung der Bundesrepublik getan ..."

München, 17. März 1972

Schlesische Rundschau

„... Das ist die Methode der Kreml-Herren: Wer ihren Vorstellungen nicht entspricht, dem wird Krieg angeboten. Bange machen sollte uns all diese Erpressungen nicht. Denn selbstverständlich wird die Sowjetunion Krieg führen, wenn sie sich stark genug und die westliche Welt schwach genug glaubt. Um dahin zu kommen, sollen die Ostverträge, die ‚Europäische Sicherheitskonferenz' und weitere ‚Entspannungshandlungen' den Weg ebnen.

Wir wagen vielmehr die folgende Voraussage: Wenn die Bundesregierung diesmal vor Moskau in die Knie geht, vollzieht sie den Weg zum Satelliten, dem in absehbarer Zeit ‚brüderliche Hilfe' wie 1968 der CSSR zuteil wird. Wird hingegen Brandt gestürzt und kommen zugleich die Ostverträge zu Fall, dann bleibt der Sowjetimperialismus im Herzen Europas gestoppt ..."

München, 24. März 1972

BAYERNKURIER

„... Wie weit hat uns Brandts ‚Friedenspolitik' gebracht, wenn uns heute Breschnew unverhohlen, ja brutal, vor die Entscheidung stellt, in absoluter Abhängigkeit von Moskau nur noch zwischen einer ‚Politik des Friedens oder einer des Krieges' wählen zu dürfen? Und wie weit konnten die Dinge bei uns treiben, wenn die veröffentlichte Meinung — offenkundig völlig erblindet gegenüber dem Trend der für den Kreml so günstigen und für Bonn so verhängnisvollen Entwicklung — es nicht mehr wagt, gegen Erpressungen und Einmischungen aufzutreten, sondern allenfalls noch ‚Form und Ton' des sowjetischen Anspruchs zu kritisieren wagt?"

München, 25. März 1972

Sudetendeutsche Zeitung

„... Ein Vorwand für einen Überfall auf die Bundesrepublik würde sich leicht finden. Voraussetzung dafür ist immer ‚daß die Amerikaner abgezogen wären. Irgendwelche Unruhen, Sabotage-Akte, wilde Streiks, allenfalls auch nur Raufereien und Zusammenstöße zwischen linksradikalen Studenten und Polizei, vielleicht auch bloße Presse-Polemiken, ein Wahlausgang, der den Kommunisten nicht paßt und den sie als Neonazismus und Aggression bezeichnen, könnten genügen, den Einmarsch der Streitkräfte der DDR zu veranlassen ...

Im Sommer wird mit bürgerkriegsähnlichen Krawallen in Westdeutschland gerechnet. Sowjet-Kommunisten und Linksradikale sind entschlossen, sich einer Niederlage der Regierung Brandt und der Ost-Verträge nicht zu beugen. Das von der Bonner Regierung erzwungene vorzeitliche Ausscheiden des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Schrübbers, steht mit dessen Kenntnis von ‚Staatsstreich'-Plänen im Zusammenhang ..."

München, 31. März 1972

Aus einem offenen Brief prominenter ehemaliger Schlesier an die Teilnehmer des Schlesier-Treffens 1971 in München:

„Gerade diejenigen, die heute mit scheinbarer Entrüstung gegen ‚Verzicht' und ‚Ausverkauf deutscher Interessen' wettern, sind die Übriggebliebenen oder die geistigen Erben derer, die vor drei und vier Jahrzehnten Völkerhaß und -mord predigten. Zu den direkten Folgen des so vorbereiteten Angriffskrieges, der dann mit totaler Niederlage endete, gehörte auch der Verlust der einstigen schlesischen Heimat. Diese Leute oder ihre geistigen Väter tragen also selbst mit an der Verantwortung dafür, daß es für uns heute gar nichts mehr zu verzichten gibt, außer auf Illusionen. Unsere Heimat wurde mit verbrecherischem Leichtsinn mit aufs Spiel gesetzt und verloren. Das war der Ausverkauf deutscher Interessen! Heute kann es nur noch darum gehen, das Recht auf die neue Heimat, hüben wie drüben, zu respektieren, den Frieden zu sichern und Verständigung anzustreben. Wir, die wir selbst oder deren Eltern oder Großeltern in Schlesien geboren wurden oder dort lebten, sind dazu bereit. Sie, liebe Landsleute, sollten es auch sein. Den Hetzaposteln aber, die unsere Erinnerungen an das Schlesien von einst zur Aussaat neuen Hasses mißbrauchen wollen, gilt es gemeinsam eine eindeutige Absage zu erteilen!

Zu den Unterzeichnern zählten u. a.

Prof. Dr. Günter Slotta und Manfred Wende, Bundestagsabgeordnete"

Menschliche Erleichterung — „Erpressung"

„Hunderttausende Berliner konnten über Ostern ohne allzu große Formalitäten nach Ostberlin wie in die DDR reisen, und Millionen Bundesbürger verfolgten dieses aufsehenerregende Ereignis am Fernsehen und durch die Presse. Soviel Freizügigkeit innerhalb Deutschlands hat es all die langen Jahre der Verkrampfung, der brüsken Abwehr und beharrenden Konfrontation nicht gegeben. Der breite österliche Besucherstrom unterstreicht eindrucksvoll, was eine Politik vermag, die in einem Klima der Gesprächsbereitschaft nichts unversucht läßt, für die Menschen in einem geteilten Land soviel praktische Erleichterung zu erkämpfen als nur irgend möglich. Der Besuch der Berliner im Osten der Stadt und in der DDR wird keine Ausnahme bleiben, sondern verbrieftes selbstverständliches Recht werden, wenn mit der Ratifizierung der Verträge das von den vier Mächten ausgehandelte Berlin-Abkommen in Kraft tritt. Die Opposition muß sich erneut fragen lassen, wie lange sie es noch verantworten will, daß diese neugewonnenen Möglichkeiten durch eine Politik der Verleumdung und Ablehnung herabgewürdigt und mit unwägbaren Risiken belastet werden."

William Borm, Berliner FDP-Bundestagsabgeordneter

Recht und Ordnung

Unabhängige Halbmonatszeitung der Aktion Neue Rechte

„... Sogenannte ‚Erleichterungen' sind für jeden Kenner der sowjetischen Politik nichts anderes als ausgelegte Köder, die wohldosiert die Zahl der nützlichen Idioten im Sinne Lenins und ihren Anhang vergrößern sollen ..."

München-Planegg, 13. März 1972

Deutsche Wochen-Zeitung

„... Hier spielen SPD und F.D.P. das sowjetische Erpressungsspiel mit der deutschen Sehnsucht nach menschlichen Erleichterungen diensteifrig mit: ratifizieren oder keine menschlichen Erleichterungen um West-Berlin. Mit wachsendem Aufwand wird hier ein raffinierter psychologischer Krieg gegen die deutsche Freiheit und das deutsche Recht geführt. Bei dem Berlinabkommen handelt es sich um ein Abkommen zwischen den vier Großmächten, in dessen Rahmen die Bundesrepublik lediglich beauftragt wurde, ihrerseits Verhandlungen mit der ‚DDR' zu führen."

Hannover, 31. März 1972

BAYERNKURIER

„... Erleichterungen also, die an diesem Osterfest in Berlin gewährt werden, sind nichts anderes als ein Mittel der Einschüchterung. Die ‚Verkehrsreglungen', die angeboten werden, sind auf dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß Kohl die völkerrechtliche Anerkennung der DDR längst in der Tasche hat; ‚Humanität', wie sie die Sowjets anpreisen, ist nichts anderes als Mittel zur Erweiterung ihrer Macht in ganz Westeuropa ..."

München, 1. April 1972

WELT am SONNTAG

„... Menschlichkeit auf Raten, ein Slalom durch die Hindernisse der Bürokratie, Besuchserlaubnis innerhalb des Isolierbereichs der Abgrenzung, Selbstverständliches in den Rang des Ungewöhnlichen gehoben: Das ist für eine Woche ein Stück deutscher Wirklichkeit in und um Berlin. Besser als nichts. Natürlich. Für die Menschen, die sich nach über zehn Jahren Trennung durch Beton und Draht, sechs Jahre nach dem Passierscheinkontingent wiedersehen, sind es große Tage, gemütsbewegend, erregende Linderungen des Teilungsschmerzens.

Für das Ostberliner Regime ist es ein politisches Geschäft mit menschlichen Gefühlen. Nicht Menschlichkeit, sondern das Bemühen, die Verträge zu forcieren, ist das Motiv für die befristete Öffnung der Schranken ..."

München, 2. April 1972

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

„Die Osterreise nach drüben, die erste Begegnung nach sechs Jahren in Ostberlin und in der Zone, könnte vorbehaltlos erfreuen, würde den Wanderer zwischen den Welten nicht der Verdacht begleiten, daß hier menschliche Gefühle für einen wesentlich weniger menschlichen Zweck eingespannt werden. Die Bilder von dem Kaffee- und Kuchen-Kommunismus, die uns in den Medien geboten werden, trügen etwas weniger den Anschein eines roten Disneylandes, wenn denjenigen, die in Ostberlin und Mitteldeutschland leben, der Weg nach dem Westen nicht unverändert verschlossen wäre ..."

Hamburg, 4. April 1872

Archiv der sozialen Demokratie Bonn Bibliothek

CDU/CSU-FRAKTION
DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
- Pressereferat -

„Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, daß den Wesberlinern zu Ostern die Gelegenheit gegeben war, ihre Verwandten in Ostberlin und der ‚DDR'" zu besuchen. Dadurch wurde ein dosiertes Stück menschlicher Erleichterung gewährt, das ihnen seit Jahren grundlos und willkürlich verweigert wird. Natürlich täuscht die Freude über einen Zipfel von Freizügigkeit nicht darüber hinweg, daß es einen Ost-West-Verkehr auch zu Ostern nicht gab, und daß die sogenannte ‚Geste des guten Willens' als Art psychologischer Einmischung in die Diskussion um die Ostverträge lanciert war . . ."

Bonn, 4. April 1972

Akon-Kurier, „Aktion Oder-Neiße"

Bayernkurier, CSU

Der Schlesier, Landsmannschaften

Deutsche Nachrichten, NPD

Deutsche National-Zeitung, CSU-nahe

Deutsche Wochen-Zeitung, NPD-nahe

Deutscher Ostdienst, Bund der Vertriebenen

Deutschland-Magazin, CDU/CSU-nahe

Recht und Ordnung, „Aktion Neue Rechte"

Sudetendeutsche Zeitung, Landsmannschaften

Schlesische Rundschau, CSU-nahe